

... ist für viele
der Weg ...

**Rente
mit 67**

... in die
**Alters-
Armut.**



Aus dem Inhalt: **3** *Redaktionsbeitrag:*
Schön, schöner, geschönt: Prüfbericht zur Rente 67 ohne harte Fakten

5 *Bernd Fundheller:*
Die Stadt Gotha hat einen Haushaltsplan 2011

6 *Anke Hofmann:*
Vera Fitzke erhält »Kommunalen Initiativpreis 2010«

Ehrendes Gedenken an Dr. Theodor Neubauer

Vor 120 Jahren – am 12. Dezember 1890 – wurde Theodor Neubauer in der hessischen Gemeinde Ermschwerd-Witzenhausen geboren. Als vor 20 Jahren in den ost-deutschen Bundesländern mit fragwürdigem Eifer sein Name von einigen Schulen entfernt wurde und so manche Erinnerungstafel an ihn auf Nimmerwiedersehen verschwand, beschloss zu jener Zeit der Gemeinderat seines Geburtsortes über alle Parteigrenzen hinweg, an seinem Geburtshaus eine Gedenktafel anzubringen und verwirklichte diesen Beschluss feierlich sowie mit großer öffentlicher Anteilnahme.

Am 12. Dezember 2010 luden der Kreisverband Gotha des Thüringer Verbandes der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (TVVdN/BdA) und der Kreisverband DIE LINKE. Gotha am Gedenkstein in Tabarz gegenüber der Stadtverwaltung zur Ehrung von Dr. Theodor Neubauer ein.



Martina Renner

Erinnert wurde dabei an einen Menschen, der Pädagoge mit Leib und Seele war, aber mit gleicher Hingabe auch Historiker und kommunistischer Politiker – u. a. als Thüringer Landtags- und Reichstagsabgeordneter und folgerichtig auch als aktiver

Widerstandskämpfer gegen das Naziregime.

Am Gedenkstein sprach die heutige Landtagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Martina Renner. Als Schülerin in den sogenannten alten Bundesländern hatte sie über Theodor Neubauer nichts erfahren. Vor acht Jahren entdeckte sie in Erfurt ein Straßenschild mit der Unterschrift »Er gab sein Leben im Kampf gegen den Faschismus«. Seit diesem Tag wusste sie, wer Theodor Neubauer war.

»Wenn wir Theodor Neubauer ehren«, betonte Martina Renner, »wollen wir Theodor Neubauer nicht nur als Antifaschisten in Erinnerung behalten, sondern auch als bedeutenden kommunistischen Politiker, der zum Beispiel auch Staatsrat der Arbeiterregierung Thüringens war. Theodor Neubauer hat als Abgeordneter zu Problemen gesprochen, die uns noch heute politisch auf den Nägeln brennen und das, was und wie er es sagte, ist auch heute oft noch aktuell.

Am 19. Januar 1923 sprach Neubauer in der Debatte über den Entwurf eines Gemeinde- und Kreisabgabengesetzes: »Mit Worten wird ausgesprochen: Die Kommunen sind die wichtigsten Zellen des Staates. Wenn diese Zellen absterben, stirbt der Staat, der Staat kann nur leben, wenn die kleinsten und wichtigsten Lebenszellen des Staates Lebenskraft behalten. Das spricht man mit Worten aus, aber in der Tat

benimmt sich die Regierung entgegengesetzt...Wenn man über den gegenwärtigen Stand der kommunalen Finanzen sprechen will, so bedeutet das, dass man erstens konstatiert den vollständigen Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen überhaupt, der Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden, und dass man ferner konstatiert in diesem Zusammenhange die vollständige Rat- und Hilflosigkeit der kapitali-



Dr. Theodor Neubauer

Am 12. Dezember 1890 in der hessischen Gemeinde Ermschwerd-Witzenhausen geboren.

Am 8. Januar 1945 in Berlin vom »Volksgerichtshof« wegen Vorbereitung zum »Hochverrat und Feindbegünstigung« zum Tode verurteilt und am 5. Februar 1945 im Zuchthaus Brandenburg enthauptet.

stischen Klasse gegenüber diesem Zusammenbruche.« Und Neubauer sagte ferner: »Die besitzende Klasse sabotiert planmäßig alle Steuern.«

Mehr müsste man zur heutigen Finanz-, Schulden- und Wirtschaftssituation kaum sagen. Während mit Milliarden die Banken gerettet werden, ist die Schuldenkrise der öffentlichen Haushalte weiter verschärft worden ohne die Verantwortlichen dafür zur Kasse zu bitten.

Die soziale Selektion an den Schulen und die Chancenungerechtigkeit für Kinder aus ärmeren Schichten war schon 1922 für Neubauer ein bildungspolitischer Bankrott des Systems. Am 24. Februar 1922 sagte er in der Debatte über ein Einheitsschulgesetz: »Der wirkliche Grund (...) für die Ablehnung des Gesetzes durch die Rechtsparteien (...) ist einfach der, dass Sie natürlich als Klassenvertreter der Bourgeoisie

darauf ausgehen, das System der Klassenherrschaft zu erhalten. Darauf geht alles hinaus, und darum liegt Ihnen ja auch so viel daran, durch die Statistik (...) zu beweisen, dass wir nicht im Recht wären, wenn wir von einer Klassenschule sprechen.«

Neubauer verweist darauf, dass der Anteil der Proletarier an den Studierenden der Universität Jena nur 0,77 Prozent beträgt.

Seine Maxime, die auch für uns heutige Abgeordnete gelten sollte, erklärte er am 31. Mai 1923 im Thüringer Landtag: »Wir werden uns niemals darum kümmern, was Ihnen angenehm ist, sondern werden sagen, was notwendig ist.«

Es ist auch das Anliegen des TVVdN, nicht nur die Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandes zu erhalten – wir haben ja gerade damit angefangen, uns einen Überblick über den Zustand entsprechender Erinnerungsorte im Landkreis Gotha zu verschaffen (siehe »klarsicht« Nr. 12/2010 – d. A.) – nein, es ist auch unsere Aufgabe, Widerstandskämpfer und Antifaschisten für ihr gesamtes Lebenswerk zu ehren und zu untersuchen, was sie geprägt hat, dass sie schließlich die Entschlossenheit, den Mut und die Opferbereitschaft aufgebracht haben, für die wir sie heute ehren.

*

In der ehemaligen DDR wusste wahrscheinlich jedes Schulkind, wer Dr. Theodor Neubauer war. Die Zeiten haben sich geändert, heute erfahren die Kinder etwas von der Heiligen Elisabeth und wissen vielleicht, wie der Landrat heißt. Aber wir wollen nicht resignieren. Junge Antifaschisten haben sich zum Beispiel intensiv mit der Geschichte des Topf-&Söhne-Geländes in Erfurt auseinander gesetzt. Solange es einen lebendigen Antifaschismus gibt, ist mir um das Andenken an Theodor Neubauer nicht bange.«

Lothar Adler

f kurz und
fündig

Spürbares Echo

Ein beachtliches Echo fand der von der Gesamtmitgliederversammlung am 23. Oktober 2010 in Seebergen verabschiedete Spendenaufruf unter den Mitgliedern und Sympathisanten des Kreisverbandes DIE LINKE. Gotha. Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe verzeichnete der Kreisvorstand einen Eingang

von **1033 Euro** und bedankt auf diesem Wege bei allen Spendern.

Bundesparteitag der LINKEN nach Erfurt einberufen

Der Parteivorstand stimmte der Vorlage hinsichtlich Ort und Datum des Bundesparteitages 2011 zu und entschied sich für den Termin 21. bis 23. Oktober 2011 sowie für die Erfurter Messehalle als Tagungsort. Die Delegierten werden sich auf drei Tage dauernde Beratungen einstellen müssen. Ein Tag ist allein den Satzungsfragen vorbehalten.

Nicht christlich – nicht Gewerkschaft

»Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts zur Tarifunfähigkeit der Christlichen Gewerkschaften für Zeitarbeit war längst überfällig und kann nur begrüßt werden«, so unlängst die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Ina Leukfeld. »Die Tarifgemeinschaft betreibt Etikettenschwindel, denn sie hat weder etwas mit christlicher Nächstenliebe noch mit der gewerkschaftlichen Organisation von Arbeitnehmern zu tun.«



Matthias W. Birkwald,
rentenpolitischer
Sprecher
der Fraktion
DIE LINKE.
im Bundestag

»Vermeintliche Erfolgsquoten werden bejubelt, harte Fakten der miserablen Arbeitsmarktlage Älterer werden verschwiegen. Das ist schäbig. Denn eines ist sicher: Die Rente ab 67 ist und bleibt ein gigantisches Renten Kürzungsprogramm. Sie bedeutet insbesondere für Frauen einen Schlag ins Gesicht und ist für viele Altersarmut per Gesetz. Das will und das wird DIE LINKE nicht ohne Widerstand hinnehmen. Wir sind für ein gutes Leben im Alter und deswegen gegen die Rente ab 67«, so kommentierte Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, den Mitte November 2010 im Kabinett vorgestellten Prüfbericht der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen.

Erwerbstätigenquote – falscher Maßstab

Die Erwerbstätigenquote ist für die Frage, ob die Rente ab 67 vertretbar ist oder nicht, der falsche Maßstab. Denn sowohl Selbständige, Beamte, mithelfende Familienangehörige und selbst Menschen in Mini-Jobs werden bei dieser statistischen Erhebung mitgezählt. Hinzu kommt: Jede Arbeit zählt – egal ob schlecht (in Mini-Jobs) oder gar nicht (bei mithelfenden Familienangehörigen) bezahlt, ob in Vollzeit geleistet, oder ob sie nur eine Stunde pro Woche ausmacht. Deswegen zeigt die Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen von 38 Prozent im Jahr 2009 keinen Erfolg an.

Werden nur die in Vollzeit erwerbstätigen 60- bis 64-Jährigen betrachtet, schrumpft der Anteil bereits auf 27 Prozent. In der Altersgruppe der 64-Jährigen liegt die Vollzeit-Erwerbstätigenquote ganz und gar nur bei 14 Prozent. Speziell unter den Frauen sieht die Erwerbstätigkeit in Vollzeit noch viel schlechter aus: Sie beträgt 14 Prozent bei den 60- bis 64-jährigen Frauen und nicht einmal 7 Prozent bei den 64-jährigen Frauen.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – richtiger Maßstab

Für die gesetzliche Rentenversicherung zählt nur sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – am besten in Vollzeit. Doch der Regierungsbericht enthält weder Quoten für Vollzeitbeschäftigung noch eine Unterteilung nach Geschlecht und auch nicht für die Altersgruppe der 64-Jährigen. Knapp ein Viertel der 60- bis 64-Jährigen ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das ist an sich schon kein Grund zum Jubeln.

Doch der Anteil schrumpft noch weiter, wenn nur die in Vollzeit Beschäftigten in den Blick genommen werden. Darüber steht im Prüfbericht der Bundesregierung kein einziges Wort: Unter den 60- bis 64-Jährigen sind noch nicht einmal ein Fünftel – genau 17 Prozent – und bei den 64-Jährigen nur 6 Prozent in Vollzeit beschäftigt.

Auch die Situation von Frauen ist in dieser Frage besonders schlecht: Die Vollzeitquote der 60- bis 64-jährigen Frauen beträgt gerade mal 10 Prozent, die der 64 Jahre alten Frauen noch nicht einmal 4 Prozent.

Renten Kürzungen durch Abschläge – Anteil benannt, Höhe verschwiegen

Abschläge sind nichts anderes als Renten Kürzungen. Die Rente ab 67 wird dafür sorgen, dass mehr Rentnerinnen und Rentner noch höhere Abschläge werden verkraften müssen. 1998 waren 1,4 Prozent der Neurentnerinnen und -rentner von Abschlägen bei ihren Renten betroffen. Im Jahr 2009 lag der Anteil der durch Abschläge gekürzten Renten bei mehr als 45 Prozent.

Schön,
schöner,
geschönt:
Prüfbericht
zur Rente 67
ohne
harte Fakten

Doch die Quote der mit Abschlägen behafteten Renten ist ein Durchschnittswert, hinter der besonders heftige Renten Kürzungen bei bestimmten Berufsgruppen versteckt sind: Mehr als 70 Prozent der Dienstleistungskaufleute, Chemiarbeiter, Bergleute und Elektriker müssen Kürzungen hinnehmen, wenn sie in Rente gehen. Und auch die Höhe der Abschläge verschweigt die Bundesregierung: 1998 lagen die Abschläge bei durchschnittlich 49 Euro. 2009 waren es bereits im Schnitt 117 Euro.

Altersgruppe der 50- oder 55- bis 64-Jährigen – falscher Maßstab

Wenn die Regierung will, dass die Menschen in Zukunft bis 67 arbeiten, dann nützt es den Betroffenen wenig, mit 50 oder 55 noch einen Job zu haben. Es geht nicht um die Rente ab 50, auch nicht um die Rente ab 55, sondern nur um die Rente ab 65 oder ab 67. Denn wer im Alter von 60 Jahren keinen Job mehr hat, oder wer aus gesund-

heitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, dem wird die Rente gekürzt – egal, ob er mit 50 oder 55 noch in Lohn und Brot war oder nicht.

Deswegen muss ausschließlich die Arbeitsmarktlage der rentennahen Altersgruppen bewertet werden. Es geht also um die Über-60-Jährigen – insbesondere jedoch um die Altersgruppe der 64-Jährigen. Doch davon will die schwarz-gelbe Bundesregierung nichts wissen. Das ist schäbig.

Rente ab 67

auch nach den eigenen Beitragssatzzielen überflüssig

Würde das Vorhaben, das Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 zu erhöhen, ersatzlos gestrichen, würde der Beitragssatz um einen halben Prozentpunkt steigen müssen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Durchschnittsverdienst würde dies sieben Euro im Monat kosten. Das ist zumutbar, wenn dafür noch stärkere Renten Kürzungen oder zwei weitere Jahre Erwerbsarbeit in einem Lebensalter vermieden werden können, in dem in der Regel das Arbeiten schwieriger und nicht leichter wird.

Zudem würde der Beitragssatz bis 2020 immer noch unter der selbst gewählten Grenze von 20 Prozent und bis zum Jahr 2030 unterhalb von 22 Prozent liegen. Es müsste also bei Verzicht auf die Anhebung des Renteneintrittsalters nicht einmal die schwarz-rot-gelb-grüne heilige Kuh der Beitragssatzstabilität geschlachtet werden. Im Interesse der Menschen muss darum diesem Sozialraub ein Ende gemacht werden. Darum: Weg mit der Rente ab 67 – ohne Wenn und Aber!

Quelle: www.linksfraktion.de

(für »klarsicht« redaktionell überarbeitet: Gerd Wagenknecht)

” Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Albert Einstein



Unser Autor:
Sebastian Schreiner

»Das Unmögliche möglich gemacht«,

so kurz und knapp fasste Reinhard Ponik (Bürgerinitiative) den Haushaltsentwurf 2011 zusammen, der von einer Mehrheit im Gothaer Kreistag beschlossen wurde. Eine niedrigere Kreisumlage als ursprünglich von der Verwaltung vorgesehen soll den Gemeinden helfen, auch in schwierigen Zeiten einen soliden Haushalt auf den Weg zu bringen.

Vorhaben realisiert

Landrat Gießmann berichtete, dass die Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket ohne Beanstandungen bis Ende 2011 realisiert werden. Insgesamt wurden 7 Millionen Euro an Aufträgen ver-

geben. Ein noch laufendes Projekt ist die Sporthalle der Kooperativen Gesamtschule, die mit einer Erdwärme-Fußbodenheizung ausgestattet wird.

Im Namen der Kreissparkassenstiftung durfte der Landrat den Abgeordneten des Kreistages ein Buch über die Entwicklungen im Landkreis Gotha nach 1990 überreichen. Jedoch sah es Konrad Gießmann nicht als Geschenk, sondern eher als Lektion an die Mandatsträger. Wäre man im vergangenen Jahr einem entsprechenden CDU-Antrag gefolgt, könnte der Landkreis Gotha heute der Herausgeber des Buches sein. »Dies hätte uns gut zu Gesicht gestanden«, so der Landrat.

»Kreisumlage ist ein Politikum«

Landrat Konrad Gießmann sprach von einer »vermeintlichen Entlastung« für die Städte und Gemeinden, wenn die Senkung der Kreisumlage durch einen Kredit finanziert wird. Er prognostizierte einen künftigen Umlagehebesatz von 36 Prozent, da er davon ausgeht, dass eine solche Handlung demnächst zu jeder Haushaltsdebatte vorgeschlagen würde und man sich so der »klassischen Form der Überschuldung« hingebte.

Unterstützung bekam der Landrat von Jörg Kellner, CDU-Fraktionschef, der von einer Mogelpackung sprach. Seiner Auffassung nach sollten die freiwilligen Leistungen zunächst auf den Prüfstand gestellt werden, um Haushaltsspielräume zu auszuloten. Jedoch ließ er offen, welche Leistungen er kürzen wolle. Kellner hoffe, dass sich die finanzielle Situation der Kommunen wieder entspannen werde. Man kann ihm an dieser Stelle nur wünschen, dass er dieser Einsicht auch im Thüringer Landtag folgen werde.

Für die Fraktion aus SPD/B'90/Grüne hielt Dr. Werner Pidde die Haushaltsrede. Er machte die Wirtschaftskrise als Übeltäter für die Finanzsituation aus, ohne eine Wort über den Kommunalen Finanzausgleich zu verlieren, den er als Landtagsabgeordneter mit beschließt. Pidde erläuterte, dass es sich bei dieser Kreditaufnahme um »Verzicht auf Tilgung« handelt und der Landkreis Gotha nach dem Haushaltsjahr mit ebenso vielen Schulden dastehe, wie zuvor.

»Die Kreisumlage ist ein Politikum«, erklärte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Vera Fitzke. Einerseits werden die Aufgaben des Landkreises nicht weniger - im Gegensatz zu den finanziellen Zuweisungen -, und andererseits hat der Kreistag auch eine Verantwortung gegenüber den Gemeinden. Vera Fitzke kritisierte, dass ohne klare Kenntnis bezüglich des Finanzausgleichs vom Freistaat Thüringen über den Haushaltsplan entschieden wird und dass die Kreistagsabgeordneten nicht früher in die Planungen eingebunden werden.

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN stellte zudem klar, dass kein Sparhaushalt vorliegt, weil Sparen bedeutet, dass Geld auf die hohe Kante gelegt wird - was aber nicht der Fall ist. Auch in diesem Jahr findet keine Zuführung in die allgemeine Rücklage statt.

Für DIE LINKE ist die Kreditaufnahme der Mittelweg, weil eine enorme Umlagenerhöhung um fast 4 Prozent nicht vertretbar ist und wichtige investive Maßnahmen im Schulwesen nicht aufgeschoben werden können. In der Prioritätenliste der LINKEN steht die Bildung klar vor dem Bau von Straßen. Vera Fitzke machte deutlich, dass man sich der Verantwortung bewusst ist und ihre Fraktion deshalb dem Haushalt zustimmt.

Mit den Stimmen der Fraktionen DIE LINKE, SPD/B'90/Grüne, Freie Wähler und Bürgerinitiative wurde der Haushalt 2011 mehrheitlich beschlossen. CDU und FDP enthielten sich der Stimme.

Neudietendorfer bleiben dreizügig

Mehrheitlich wurde die Beschlussvorlage der Verwaltung abgelehnt, die die Neuaufnahme der Klassenstufe 5 im Jahr 2011 auf Zweizügigkeit reduzieren wollte. Mit dem Beschluss des Haushaltes hatte der Gothaer Kreistag bereits Schul-Container als Übergangslösung favorisiert. Außerdem würde frühzeitig ein

Eingriff in die Schulnetzplanung vorgenommen, was weder die Schule noch die Kreistagsmehrheit befürwortete.

Einstimmig wurde von den Kreistagsabgeordneten der Schulnetzplan über die Förderzentren beschlossen (»klarsicht« berichtete).

Bildungsregion West gegründet

Mit Beschluss des Gothaer Kreistages wird der Landrat eine Zweckvereinbarung mit dem Ilm-Kreis, dem Wartburgkreis und der Stadt Eisenach abschließen. Dieser Vereinbarung werden die Aufgaben der Schulträger für die berufsbildenden Schulen übertragen.

Sebastian Schreiner beantragte für DIE LINKE, dass der Bildungsausschuss sich dieser Sache annehmen soll, da viele Fragen noch ungeklärt sind. Es bleiben die Rolle der regionalen Schulnetzplanung oder die Einflussmöglichkeiten der Schulen und des Kreistages offen. Zudem hat keine Anhörung der betroffenen Schulen stattgefunden. Und ein Konzept, welche Veränderungen auf die Schulen zukommen, liegt auch nicht vor.

Die Kreistagsfraktion der LINKEN konnte daher der Beschlussvorlage nicht zustimmen. Es fand sich aber eine andere Mehrheit.

„Lern' aus der Vergangenheit, träum' von der Zukunft, leb' in der Gegenwart – das sollten wir auch bei den kommenden Haushaltsplanungen bedenken“,
so die Fraktionsvorsitzende
DIE LINKE. im Gothaer
Kreistag, Vera Fitzke.

DIE LINKE.
im Kreistag Gotha

Kontakt:

99867 Gotha, Mönchelsstraße 26

Fon:

03621/856162 | 856166

Fax:

03621/856164 – Vera Fitzke (V.i.S.d.P.)

Wie in jedem Jahr werden den Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie den Stadt- und Gemeinderäten die Haushaltsentwürfe für das nächste Jahr vorgelegt. In ersten, zweiten, dritten vielleicht auch noch weiteren Lesungen werden die Regierenden bzw. die leitenden Verantwortlichen versuchen, ihren Entwurf als einzigen und richtigen Weg für das Funktionieren der Verwaltung, für die Entwicklung der Gemeinden und als die Fürsorge für die Bürger den gewählten Vertretern zu vermitteln.

Für alle Einsparungen in den Haushaltspositionen macht man dann die übergeordneten Verwaltungen verantwortlich, und bei den gelungenen Ausgaben führt man dies auf das verantwortungsvolle Handeln der zuständigen Verwaltungsleiter zurück. Und dann haben die Fraktionen im jeweiligen Parlament die Möglichkeit, in Stellungnahmen ihre politische Bewertung für den Haushaltsentwurf darzulegen.

Alle Jahre wieder ist es nicht einfach, dem Haushaltsentwurf etwas abzuverlangen, das einer linken Politik entsprechen würde. Da sind zunächst die freiwilligen Leistungen, bei denen wir keine Streichungen zulassen wollen. Es sind aber auch die Leistungen, die eine Kommune nach Haushaltsrecht zuerst kürzen muss, um ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Bisher haben wir als Linke immer ein paar Möglichkeiten gefunden, Geld für Vereine, Verbände, soziale Einrichtungen o. ä. aus verschiedenen verschwenderischen Positionen abzuzweigen. Für den Haushaltsplan 2011 war dies kaum möglich. Die Kürzungen schlugen sich deutlich im Vermögenshaushalt nieder. Nur noch geförderte und laufende Investitionen werden durchgeführt, die Anschaffungen auf das notwendigste gekürzt und die Erhaltung von Immobilien mit Sicherungen stillgelegt.

Das ist nicht gut für eine Stadt. Investitionen beleben nicht nur den Arbeitsmarkt, sie verschönern unsere Anlagen, bieten uns die Möglichkeiten, neue Einrichtungen (z. B. das Schwimmbad) für unsere Bürger zu schaffen, und machen somit unsere Stadt sehens- und lebenswert.

Nun stellte sich für uns die Frage, was können wir an diesem Haushalt in dieser schwierigen Situation noch ändern, um eine Entwicklung im Sinne der hier lebenden Menschen und der Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu entsprechen. Für uns stand die Frage, geht noch etwas am Vermögenshaushalt zu kürzen, kann man auf Leistungen im Verwaltungshaushalt verzichten, oder gibt es noch Einnahmequellen, die uns bisher verborgen geblieben waren.

Aber alle diese Überlegungen stießen an ihre Grenzen, und die Möglichkeiten blieben gering. Die Einnahmequelle ließ sich kaum noch beeinflussen. Da bestimmen die Steuern und Abgaben aus dem Bund, dem Land und den Kommunen den Haushalt. Diese Zahlen werden ja wie bekannt, aus Steuerschätzungen und Jahresabrechnungen festgelegt.

Wir als DIE LINKE sehen die Festlegungen für das Jahr 2011 auch eher mit Skepsis als die von den »großen Steuerschätzern« prognostizierten Vorgaben. Da ist zunächst die Gewerbesteuer. Man geht dabei sehr optimistisch heran und erhöht diese Einnahme um ca. eine Million Euro.

Wir wissen aber alle, dass im letzten Jahr die Umsätze der Firmen und somit auch die Pflicht zur Gewerbesteuerabgabe drastisch eingebrochen sind. Ob der Konjunkturaufschwung es schafft, die Wirtschaftlichkeit der Betriebe innerhalb der nächsten Jahre so zu stabilisieren, sehen wir als sehr fraglich an.

Als Nächstes wäre der kommunale Anteil an der Umsatzsteuer zu betrachten. Auch hier werden, durch die Umsatzeinbrüche die Einnahmen geringer ausfallen. Allerdings gehen auch da unsere »Finanzer« sehr optimistisch zu Werke. Also, liebe Leser, kauft ordentlich ein, beauftragt viele Firmen aus der Region, um damit einen hohen Umsatzsteuerbetrag in unserer Stadt verbuchen zu können.

Auch der Anteil an der Einkommensteuer für die Kommunen wird geringer und scheint keinen bemerkenswerten Eindruck auf unseren Haushalt zu machen. Selbst hier glaubt man höhere Einnahmen als in den vergangenen Jahren verbuchen zu können. Aber ist es nicht so, dass durch Dumpinglöhne, mehr geringfügige Verdienstmöglichkeiten und

die prekäre Beschäftigung in Leiharbeitsfirmen das Lohn Einkommen in den nächsten Jahren drastisch sinken wird und noch lange nicht auf dem Niveau des Vorkrisenjahres 2008 angekommen ist?

Zudem gibt es eine Steuer-/Abgaben-Änderung, indem man den Krankenkassenbeitrag in voller Höhe vom Einkommen absetzen kann. Das heißt also künftig weniger Einkommensteuer. Und somit wären wir am Ende der Einnahmequellen, die im Haushalt 2011 für die Stadt Gotha sehr großzügig gehandelt werden.

Die Ausgabenseite ist daher auch noch weniger beeinflussbar. Wir als DIE LINKE im Stadtrat Gotha haben uns darauf verständigt, dass nur über eine Umverteilung innerhalb des Haushaltes etwas möglich ist. Das bedeutet für uns: keine Abstriche an den freiwilligen Leistungen, effektiver Umgang bei den Investitionen und nach Möglichkeit keine Neuverschuldung. Die Investitionen – also der Vermögenshaushalt – sind kaum beeinflussbar, da hier Fördermittel fließen und die Verwaltung bereits selbst den Rotstift radikal angesetzt hat.

Neuverschuldung ist nach Kommunalrecht nicht mehr möglich, da unsere Stadt bereits an ihre finanzielle Leistungsgrenze gekommen ist. Also geht es nur über neue Umverteilung innerhalb des Verwaltungshaushaltes. Da man auch bei den freiwilligen Leistungen erhebliche Kürzungen vorgenommen hat, galt es für uns, dies neu zu verhandeln.

Kürzungen in den Positionen, wie kostenloses Schulessen, Schulausstattung, Förderung im Frauenzentrum, Sportförderung, Einrichtungen für Senioren usw. konnten wir nicht akzeptieren.

Andererseits fanden wir in verschiedenen Positionen, einen nach unserem Empfinden völlig überzogenen Betrag, wie Heizung und Beleuchtung, Ausstattung an Geräten, Reinigungsmittel oder Sachverständigen- und Gerichtskosten.

Wir haben daher vorgeschlagen, diese Summen zu kürzen und dies den Positionen der freiwilligen Leistungen zugute kommen zu lassen. Natürlich entsprach das nicht dem (politischen) Willen der Verwaltung. Und somit hat man unseren Antrag in den Ausschüssen für nichtig erklärt – mit der Begründung, diese Haushaltstellen in der Verwaltung würde es so nicht geben. Dabei lag es nur an einem Zahlendreher in der Zahlenkombination mit Nullen, ansonsten gab es die Haushaltstelle schon. Man wollte sie nicht sehen.

Und das ist der Umgang mit unserer Fraktion: immer wieder gängeln, immer wieder ignorieren und immer weniger Zusammenarbeit. Ich denke, wir sollten eine andere Gangart im Umgang mit Verwaltungen und Behörden angehen. Natürlich haben wir einen Anteil Schuld an der Ignoranz der Verwaltung, da man nicht gleich die Kostenstellen gefunden hat, aber ein Anruf, ein kurzes Gespräch, hätte alles aufklären können. Es ist deutlich zu spüren, dass die Strategie des Ignorierens unserer Partei in den Verwaltungen angekommen ist. Man versucht, uns aus den politischen Entscheidungen herauszuhalten. Auch wir werden uns darauf einstellen müssen, keinerlei Hilfe oder Zusammenarbeit aus den Verwaltungen erwarten zu können.

Trotz dieser Nichtbehandlung unseres Antrages in den Ausschüssen konnte zumindest ein Punkt in der letzten Lesung des Haushaltsplanes 2011 durchgesetzt werden: die Beibehaltung des Zuschusses zum Schulessen in Höhe von 97 000 Euro – auch wenn es ein Antrag der Freien Wähler war. Nicht zu halten waren die Haushaltstellen Frauenzentrum, Sportförderung, Wohlfahrtzuschüsse usw.

*

Wir werden auch in den nächsten Jahren kaum Chancen bekommen, die Haushalte unserer Gemeinden zu beeinflussen, aber wir werden Profil zeigen und immer wieder linke Positionen bei der Haushaltplanung vertreten. Dazu werden wir im Stadtrat Gotha immer stehen.

Wir sprechen daher auch nicht von Sparhaushalten, sondern eher von Kürzungshaushalten in dieser Stadt.

Die Stadt Gotha hat einen Haushaltsplan 2011

Unser Autor:

Bernd Fundheller
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE. im Stadtrat Gotha



Vera Fitzke erhält »Kommunalen Initiativpreis 2010«

Bereits zum fünften Mal hat das Kommunalpolitische Forum Thüringen e. V. (KOPOFOR), die der Partei DIE LINKE in Thüringen nahe stehende Kommunalpolitische Vereinigung, den »Kommunalen Initiativpreis« ausgelobt.

Mit diesem Preis werden seit 2006 verallgemeinerungswürdige kommunalpolitische Projekte, Initiativen und Strategien, die im Interesse von Einwohnerinnen und Einwohnern einen beispielhaften Beitrag zur Ausgestaltung und Fortentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung leisten, öffentlich gewürdigt und ausgezeichnet. Die Jury, bestehend aus Mitgliedern des KOPOFOR-Vorstandes, hatte wieder einmal die Qual der Wahl. In den Gemeinden und Landkreisen Thüringens gibt es viele engagierte Bürgerinnen und Bürger. Das bürgerschaftliche Engagement ist das Salz in der Suppe der Kommunalpolitik. Dies ist übrigens keineswegs eine neue Erkenntnis. »Wer an den Dingen der Stadt keinen Anteil nimmt, ist kein stiller sondern ein schlechter Bürger«, formulierte bereits in der Antike der Athener Perikles.

Im Rahmen der Jahresmitgliederversammlung des KOPOFOR Thüringens am Sonnabend, dem 11. Dezember 2010, in Bad Blankenburg erhielt Vera Fitzke den Initiativpreis 2010. Vera Fitzke engagiert sich seit 1992 kommunalpolitisch im Landkreis Gotha und seit 2004 in der Stadt Gotha. Von 1995 bis 2001 war sie im dortigen Kreistag als Fraktionsvorsitzende tätig. Seit Oktober 2010 übt sie diese Funktion erneut aus.



Foto: Anke Hofmann

Vera Fitzke (links), Heinz Dieter Plötner, Stellvertretender Vorsitzender des KOPOFOR, Heidrun Sedlacik, MdL (DIE LINKE) und Vorsitzende des KOPOFOR, bei der Auszeichnung mit dem »Kommunalen Initiativpreis«.

2004 wurde Vera Fitzke vom Gothaer Kreistag zur ehrenamtlichen Beigeordneten des Landrates gewählt. Dieses Amt übte sie bis zum 30. Juni 2009 aus. Sie verstand es, durch Umsicht und enorme Aktivität das Amt mit Leben zu erfüllen. Vera Fitzke ist überall im Landkreis unterwegs und hat stets ein offenes Ohr für die Probleme der Kommunen, ihrer Vertreter und Bürger. Gern wird ihr Rat angenommen.

*

Darüber hinaus ist Vera Fitzke seit vielen Jahren Mitglied im KOPOFOR-Vorstand. Auch hier ist sie sehr aktiv, bietet Hilfe an, ist zuverlässig und versucht stets andere Mitglieder zur aktiven Mitarbeit bei der Aufgabenerfüllung des KOPOFOR zu aktivieren.

Anke Hofmann

»Das letzte Hemd der Kommunen«

»Fragwürdige Rechenricks des Landes belasten massiv die Finanzlage der Kommunen im Jahr 2011. Die Situation für Gemeinden und Städte war noch nie so prekär«, erklärte Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE, am Rande der von seiner Fraktion initiierten Aktion »Das letzte Hemd der Kommunen«.

Abgeordnete der LINKEN zeigten während der Haushaltsdebatte im Thüringer Landtag stellvertretend für die Not leidenden Kommunen die Namen einiger Städte, die auf T-Shirts gedruckt waren.

Um auf die desolante Lage der Kommunen hin-zuweisen, die durch das Land Thüringen wesentlich mit verursacht wurde, hatte DIE LINKE während der abschließenden Beratungen zum Landeshaushalt und Kommunalen Finanzausgleich auf die vielen Gemeinden und Städte aufmerksam gemacht, die bereits 2010 keinen Haushalt aufstellen konnten oder nur durch radikales Streichen von freiwilligen Leistungen die formalen gesetzlichen Ansprüche erfüllen konnten. »Wer 2010 keinen Haushalt hatte, wird 2011 erst recht keinen aufstellen können«, betonte der Landespolitiker und informierte zugleich, dass in diesem Jahr mehr als 80 Gemeinden und Städte keinen Haushalt hatten.

Als »vollkommen berechtigt und nachvollziehbar« bezeichnete Kuschel die Proteste einzelner Bürgermeister zur Anhörung des Kom-



Foto: www.die-linke.de

munalen Finanzausgleichs im Dezember 2010. Bedauerlicher Weise würden sich die Kommunen derzeit noch viel zu stark darauf konzentrieren, den Mangel zu verwalten.

»Auch die Bürgermeister und Mitglieder in den Gemeinde- und Stadträten müssen stärker als bisher gegenüber der Landesregierung deutlich machen, zu welchen gravierenden Folgen die kommunalfeindliche Politik vor Ort führt«, forderte abschließend Frank Kuschel.



Frank Kuschel

(Presseinformation
der Fraktion
DIE LINKE. im Thüringer Landtag)

Museale Blicke durch ein geologisches Zeitfenster

Der Steinbruch am Bromacker zwischen Georgenthal und Tambach-Dietharz ist eine weltweit bekannte Fossilienfundstelle. Sie gilt als ein bedeutendes Zeitfenster, durch das die Paläontologen 300 Millionen Jahre zurück in die Vergangenheit schauen können.

Um diese Zeit – es war das geologische Erdalter des Perm – hatte sich in der Tambacher Gegend ein Hochgebirge befunden. Das sumpfige Tal zog vor allem Pflanzenfresser an. Durch Fluten wurden sie oft lebend und nahezu komplett zwischen Steinen und Gängen eingeschlossen. Deshalb finden die Forscher heute dort die am besten konservierten, versteinerten Landwirbeltiere.

Der Bromacker gab bereits über 40 Skelette von 13 Arten dieser vierbeinigen Landwirbeltiere frei. Das »Tambacher Liebespaar« hat man dort gefunden – zwei nebeneinander liegende und fast vollständig erhaltene Reptilien. Sie sind neuerdings – wie auch andere Sandsteinplatten mit Fährten und Skeletten verschiedener primitiver Landwirbeltiere – in der neuen Dauer Ausstellung »Tiere im Turm« des Museums der Natur im Westturm des Schlosses Friedenstein zu besichtigen.

Im vergangenen Sommer entdeckte ein internationales Wissenschaftler-Team unter der Leitung des Kustos im Gothaer Museum



Das »Tambacher Liebespaar«.

Der Gothaer Ursaurier

Was macht man, wenn das Wetter zum Wandern nicht taugt? Man amüsiert sich drinnen. Da meine Enkelin zu Besuch ist, bietet sich ein Besuch im Museum der Natur an. Eine gute Entscheidung! Der Nachmittag verläuft ausgesprochen kurzweilig und lehrreich, nicht nur für sie, sondern auch für mich. Das Tambacher Liebespaar würden wir am liebsten mit nach Hause nehmen, so hinreißend ist es.

Natürlich besuchen wir auch den Museums-Shop und meine Enkelin bekommt, nachdem das Tambacher Liebespaar nicht zum Verkauf steht, ein Dinosaurier-Ei.

Kennen Sie die? Man legt sie ins Wasser, nach einigen Tagen platzt das Ei und heraus schlüpft ein kleiner Saurier. Ein bisschen wächst er noch und dann – na, das Übliche.

Daheim angekommen, muss das Dino-Ei natürlich sofort gewässert werden. Ich opfere meinen Putzeimer für diese Prozedur, wohl wissend, dass ich ihn bis zur Abreise meiner Enkelin nicht mehr seiner eigentlichen Bestimmung gemäß benutzen kann. Dann sitzen wir vorm Eimer und belauern das Ei, wann sich endlich die ersten Risse zeigen.

Warum dauert das bloß so lang? Ich predige von der Geduld, der hohlen Tugend. Aber Kinder und Geduld – keine gute Kombination. Meine

der Natur, Dr. Thomas Martens, das Skelett eines 300 Millionen Jahre alten Ursauriers. Dieser ist um etwa 10 Millionen Jahre älter und um ein Vielfaches kleiner als seine amerikanischen Artgenossen in den Rocky Mountains und in New Mexiko. Der sensationelle Fund stützt die These, dass in jener zurückliegenden Zeit das Bild der Erde von einem einzigen Kontinent, dem Urkontinent Pangäa, geprägt war und markiert eine wichtige Schnittstelle der Entwicklung von den Reptilien zu den Säugetieren.

Die Kurd-Laßwitz-Stipendiatin und Stadtschreiberin 2010, Ursula Muhr, hat dieser Entdeckung ein reizendes kleines literarisches Denkmal gesetzt. Darüber hinaus überreichte sie dem Gothaer Oberbürgermeister nach ihrer Abschiedslesung ein »Gothaer Ursaurier-Pärchen mit Goldspuren« – gebastelt aus Alufolie und Mullbinden sowie bemalt. Diese heiter verspielte Erinnerung befindet sich nun im Besitz der Museumslöwen – dem Förderverein des Museums der Natur. **uwe**

Enkelin beharrt darauf, dass man dem kleinen Dino-Baby mit einem Messer bei seiner schweren und langwierigen Geburt helfen müsse.

Ich behaupte hingegen, dass kleine Dinos die Anstrengungen des Schlüpfens für ihr Wohlergehen bräuchten und man ihnen deshalb auf keinen Fall helfen dürfe. Das quittiert sie mit einem sehr erwachsenen: Also Oma, der ist doch nur aus Plastik! Darauf fällt mir keine pädagogisch wertvolle Antwort ein. Aber die Küchenmesser bleiben tabu.

Am nächsten Morgen sind dann erste Risse zu sehen. Es wird spannend. Meine Enkelin lässt das Ei nicht mehr aus den Augen. Ich will zum Einkaufen – der Dino im Eimer soll mit. Also bitte! Nur über meine Leiche! Ich kann doch nicht mit einem Putzeimer durch Gotha...!

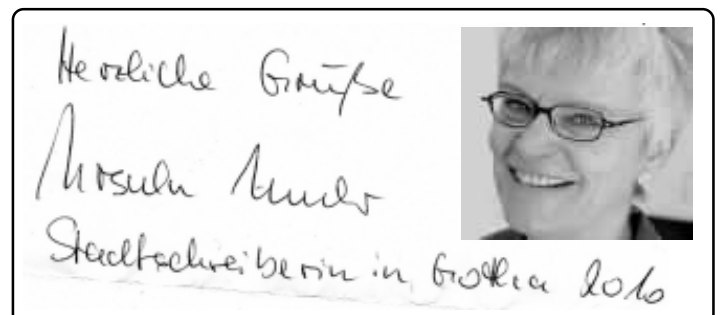
Sie erklärt kategorisch, sie lasse ihr Dino-Baby jetzt in seiner schweren Stunde auf keinen Fall allein. Meine gallige Bemerkung, es sei doch nur aus Plastik, bedenkt sie mit einem Blick, den ich so schnell nicht vergessen werde. Du bist herzlos und gemein, sagen ihre Augen, phantasielos und langweilig. Ganz blöd erwachsen eben. Das tut weh. Mit dem Eimer hat mich hoffentlich keiner gesehen.

Inzwischen ist das Saurierkind längst geboren und für meine Enkelin nicht mehr interessant. Sie hat es nicht einmal mit nach München genommen. Vielleicht sollte ich es dem Museum stiften? Ein neues Exponat: Der Kurd-Laßwitz-Saurier.

Ursula Muhr

Museales im Schloss

- »Tiere im Turm« heißt die neue Dauer Ausstellung im Museum der Natur. Dazu haben sich die Tierexponate auf »Expedition ins neue Tierreich« begeben und in der 3. Etage des westlichen Schlossturmes in 8 Räumen eine neue Heimstatt gefunden.
- Mit der Ausstellung »Die Sprichwörter Pieter Breughels des Jüngeren« ist das Königliche Museum für schöne Künste Antwerpen noch bis zum 23. Januar 2011 zu Gast auf Schloss Friedenstein.
- »Einfälle aus Abfällen« sind noch bis zum 31. Januar 2011 im Museum für Regionalgeschichte und Volkskunde zu sehen.



»Unser Land leidet nicht an einem Zuviel an Islam, sondern an einem Zuwenig an Christentum!« verkündete Pfarrerstochter, FDJ-Studienjahreleiterin, Physikerin, Bundeskanzlerin und Parteivorsitzende Angela Merkel auf dem CDU-Bundesparteitag 2010 in Karlsruhe. Vor allem wollten die Delegierten der Partei mit dem »C« im Namenskürzel dem Herrn Schöpfer nicht ins Handwerk pfuschen. Die »Union« samt Schwesterpartei CSU will die »Schöpfung« (gemeint ist nicht die Evolutionstheorie) sowie die »Menschenwürde« (gemeint ist nicht die soziale Gerechtigkeit) bewahren und den »Schutz des ungeborenen Lebens« garantieren, auch wenn dieses mit Missbildungen und Erbkrankheiten auf die Welt kommen sollte.

Das sind eben die viel beschworenen christlichen Werte. Papst Ratzinger lässt grüßen! Die Polemik nach dem knappen Votum (51 Prozent) für die Gegner der Präimplantationsdiagnostik (PID) geht in die nächste Runde: Beschlussfassung eines Gesetzes im Deutschen Bundestag.

Unionsfraktionschef Kauder warnte in der kontrovers geführten Diskussion vor einer möglichen PID-Befürwortung: »Wir machen eine Tür auf und wissen nicht, was nach der Tür kommt.« Na, das Himmelreich doch, denke ich, oder was? Wie bemerkte Lucius Annaeus Seneca so treffend: »Der gemeine Mann betrachtet die Religion als richtig, der Weise als falsch und der Politiker als nützlich.«

Und Marx ergänzte: »Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt (siehe oben: »C«, d. A.), wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes.«

Wie mag wohl die ML-geschulte Wissenschaftlerin Merkel in ihrem Innersten darüber denken? Anmerkung für den nicht durch Parteilehrjahre geschulten Leser: ML ist die Abkürzung für Marxismus-Leninismus.

Was sagt nun die Thüringer gottesfürchtige, schwarz-rote Koalition zur Präimplantationsdiagnostik? Schwarz ist sicher dagegen und die (SPD-) Roten? Ein Schelm, wer denkt, sie wären dafür, weil sie den Landtagsabgeordneten, Chemiker und Mathematiker Dr. Werner PIDde aus Waltershausen in ihren Reihen wissen. Nur keinen neuen Streitpunkt bitte! Die Querelen zwischen den beiden Theologen (die Theologen, logen, logen...) Lieberknecht und Matschie (beide mit dem »Christ« im Vornamen) in puncto Oberschule kontra Gemeinschaftsschule hängen den Betroffenen längst zum Hals heraus.

Dabei hängt nicht mal ein Kreuz in Thüringens Klassenzimmern (außer eventuell im Eichsfeld) – nur Wissenschaftler, wie Darwin und solche Leute. Gott vergelt's! Wenn der Herr Benedikt nach Thüringen kommt, kann er sich davon überzeugen. Im September 2011 sind wir Papst – ich nicht. Ich stelle dann an »Google Street View« den Antrag, mich auf den einschlägigen Fotos verpixeln zu lassen. Gegen die immensen Kosten des Staatsbesuches, für die auch mein Steuergeld verplempert wird, kann ich leider nichts machen.

Gesegnetes neues Jahr!
Eure Klara Klarsicht

DIE AKTUELLE GLOSSE



NIEDERMEIEREIEN / Präimplantationsdiagnostik (PID)

Wenn zwei die Liebe ausprobieren und nach dem Küssen kopulieren mit Frauenreiz und Manneskraft, dann kommt es oft zur Schwangerschaft, weil sich im Schoße auf die Schnelle verbinden Ei- und Samenzelle in einem schönen Embryo – die Leibesfrucht, die nennt man so.

Jedoch wenn in den Embryonen boshafte Erbkrankheiten wohnen, dann kann man jetzt in den Retorten die schlechten von den guten Sorten trennen in »unbrauchbar« und »fit«.
Diese Methode nennt man: PID.

Zum Zweck der Implantation forscht man im Ausland lange schon, damit in Zukunft hier auf Erden Gesunde nur geboren werden.

Die Mehrheit von der CDU verhält sich negativ dazu. Sie schreien wild: »Solche Methoden gehören bei uns streng verboten, weil mit dem Erbgut bei Bedarf nur Gott, der Herr, hantieren darf!«

Da Ändschie Merkel – wie ihr wisst – nicht Mutti oder Omi ist, fehlt ihr ja auch die Vorstellung von Kindern mit Behinderung und Eltern, die oft für ihr Kind am Ende ihrer Kräfte sind.

Und auch Papst Benedikt in Rom – der mit dem Bannstrahl fürs Kondom –, der wegen Dieter Althaus prompt 2011 nach Erfurt kommt, Heiliger Vater auch genannt – eine Vaterschaft ist nicht bekannt – meint: Mädchen oder Knabe seien halt eine Gottesgabe – ein Werk der Schöpfung, wonnevoll, an dem man nichts verändern soll.

In all den Worten ist dabei Bigotterie und Heuchelei. Die Pharisäer kämpfen eben nur um das ungeborene Leben. Wird das geborene auch zur Qual, Scheinheiligen ist das egal. Und noch dazu in Gottes Namen: »Nach uns die Sintflut, Christen!« Amen.

Heinz Niedermeier



Karl-Theodor und Theodor –

ZWEI BLICKPUNKTE



Aufmerksamkeit auf Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan

„ Prizren (AFP) – Wenige Tage vor der Parlamentswahl im Kosovo hat sich Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) vor Ort über die Lage in der früheren serbischen Provinz informiert. Der Minister nannte den inzwischen elfjährigen Einsatz der NATO-Schutztruppe im Kosovo (KFOR) eine »Erfolgsgeschichte«. Beim Besuch der deutschen Soldaten in Prizren im Süden des Landes warb er für eine rasche Umsetzung der Bundeswehr-Reform.

Die Lage im Kosovo stehe als Beispiel dafür, »dass ein Auslandseinsatz zum Erfolg führen kann«, sagte der Minister im deutschen KFOR-Lager Prizren. Am Ende könne dann auch ein »klarer Abzug« stehen.

Die NATO ist derzeit mit rund 8 500 Soldaten aus mehr als 30 Ländern im Kosovo im Einsatz. Mit 1 350 Soldaten stellt die Bundeswehr eines der größten Kontingente. Ende Oktober hatte die NATO beschlossen, ihre Truppenstärke bis zum Frühjahr nächsten Jahres auf 5 500 zu reduzieren. Danach soll der Einsatz allmählich auf eine Stärke von rund 2 500 Soldaten heruntergefahren

werden. Die KFOR war 1999 nach dem Kosovo-Krieg in der damals noch zu Serbien gehörenden Provinz stationiert worden.

Guttenberg räumte ein, dass die Aufmerksamkeit in Deutschland derzeit vor allem auf den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan gerichtet sei. Es sei ihm daher ein »Bedürfnis« gewesen, noch vor Weihnachten auch die deutschen Soldaten im Kosovo zu besuchen. Der Minister rief die Soldaten auf, in Deutschland stärker über ihre Erfahrungen zu berichten. »Die Menschen zu Hause müssen erfahren, was es heißt, Soldat zu sein.«

Der Minister warb zudem um Unterstützung für die anstehenden Veränderungen in der Bundeswehr und kündigte eine zügige Umsetzung der Pläne an, die unter anderem ein Aussetzen der Wehrpflicht sowie eine drastische Verringerung der Truppenstärke vorsehen. »Es kann hier kein schuldhaftes Trödeln geben«, sagte Guttenberg. (...)

**Gefunden unter: www.dtoday.de | Artikel vom 8.12.2010:
Guttenberg sieht in Kosovo-Einsatz »Erfolgsgeschichte«
Fotos oben: Deutsche Soldaten in Prizren**

Das Trauerspiel von Afghanistan | Eine Ballade

Von Theodor Fontane (1859)

Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,
Ein Reiter vor Dschellalabad hält,
»Wer da!« – »Ein britischer Reitersmann,
Bringe Botschaft aus Afghanistan.«

Afghanistan! Er sprach es so matt;
Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt,
Sir Robert Säle, der Kommandant,
Hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.

Sie führen ins steinerne Wachthaus ihn,
Sie setzen ihn nieder an den Kamin,
Wie wärmt ihn das Feuer, wie labt ihn das Licht
Er atmet hoch auf und dankt und spricht:

»Wir waren dreizehntausend Mann,
Von Kabul unser Zug begann,
Soldaten, Führer, Weib und Kind,
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.

Zersprengt ist unser ganzes Heer,
Was lebt, irrt draußen in Nacht umher,
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,
Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt.«

Sir Robert stieg auf den Festungswall,
Offiziere, Soldaten folgten ihm all',
Sir Robert sprach: »Der Schnee fällt dicht,
Die uns suchen, sie können uns finden nicht.

Sie irren wie Blinde und sind uns so nah,
So lasst sie's hören, dass wir da,
Stimmt an ein Lied von Heimat und Haus,
Trompeter blast in die Nacht hinaus!«

Da hüben sie an und sie wurden's nicht müd',
Durch die Nacht hin klang es Lied um Lied,
Erst englische Lieder mit fröhlichem Klang,
Dann Hochlandslieder wie Klagegesang.

Sie bliesen die Nacht und über den Tag,
Laut, wie nur die Liebe rufen mag,
Sie bliesen – es kam die zweite Nacht,
Umsonst, dass ihr ruft, umsonst, dass ihr wacht.

»Die hören sollen, sie hören nicht mehr,
Vernichtet ist das ganze Heer,
Mit dreizehntausend der Zug begann,
Einer kam heim aus Afghanistan.«

„ Früher hatten die Menschen Angst vor der Zukunft.
Heute muss die Zukunft Angst vor den Menschen haben.“

Aus dem Programmheft der Leipziger Pfeffermühle
»Frust oder Keule«

Der Verein »art der stadt e.V.« feiert in diesem Jahr sein 15-jähriges erfolgreiches Wachsen und Wirken in Gotha und im Landkreis. Einst als »Theater e.V.« gegründet, hat sich der Verein von einer Amateur-Theatergruppe zu einem soziokulturellen Zentrum mit zahlreichen Angeboten für Kinder und Jugendliche, zu einer künstlerisch-kreativen Plattform im Landkreis Gotha und zum Träger des Gothaer Theater-Ensembles »theater der stadt« entwickelt. Der Verein hat gegenwärtig knapp 100 Mitglieder im Alter von 7 bis 65 Jahren.

Die Arbeit von »art der stadt e.V.« steht auf drei Säulen, die sich wechselseitig bedingen und gleichzeitig die Vielfältigkeit und gesellschaftliche Bedeutung der Arbeit des Vereins manifestieren. Diese Säulen sind Bildung, Soziales und Kultur im Schmelztiegel des künstlerischen Ausdrucks unserer Heimatstadt.

Bildung wird gezielt für Kinder, Jugendliche, aber auch für Erwachsene in Kursen und Workshops in Form einer künstlerischen und kulturellen Bildung (Theater, Tanz, Neue Medien, Akrobatik) vermittelt und durch Angebote, wie das freiwillige kulturelle Jahr und den Kompetenznachweis Kultur ergänzt. Daneben findet ein permanenter – durch die Generationen übergreifende Arbeit bedingter – selbstverständlicher Bildungstransfer zwischen den Aktiven des Vereins statt.

SPIELEN und SPIELEN LASSEN

Der »art der stadt e.V.«
ist das Theater der Stadt Gotha



Foto: Michael Gerlach

Ulrike Fettien (Vorsitzende beim »art der stadt e.V.«) – genannt Ulli – und Wilhelm Wittig – genannt Willi – sind Akteure im Verein »art der stadt«, hier während der Aufführung von »Leonce und Lena« am 12. September 2010 in Mühlberg.

Soziales bestimmt insbesondere die Arbeit im theaterpädagogischen Bereich. In diesem Sektor werden fundamentale soziale, kommunikative und alltagstaugliche Kompetenzen an Kinder und Jugendliche vermittelt. Kooperationen an Schulen, Präventions- und Partizipationsprojekte sind Konstanten unseres Wirkens im gesamten Landkreis Gotha.

Kultur ist die Summe aus all unserer Aktivitäten und den gewonnenen Ergebnissen. Sie ist einerseits das Mittel für jegliches Engagement im Bildungs- und Sozialbereich, aber gleichzeitig auch der Motor dieser Aktivitäten. Die Kultur manifestiert sich konkret in den entstehenden Inszenierungen und Kunstprojekten. Diese Theaterstücke und künstlerischen Produkte sind einerseits Ausdruck des Selbstwertes der Aktiven und andererseits der Mehrwert für den Besucher unserer Veranstaltungen und damit die gesamte Region.

Die Intention unserer Arbeit und die Qualität ihrer Realisierung finden gerade im kulturellen Sektor stetig wachsenden Zuspruch und deutschlandweite Anerkennung, wovon einige Auszeichnungen zeugen: 2008 Auszeichnung des Bundes Deutscher Amateur-Theater mit dem 1. Deutschen Amateur-Theaterpreis, 2009 Auszeichnung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Thüringen für innovative Kulturarbeit mit dem Förderpreis »Kultur-Riese«.

Mathias Baier, Pressesprecher



Angebote

Schwerpunkt unserer Arbeit ist das Amateur-Theater mit Ausstrahlung auf den Landkreis Gotha und ganz Thüringen. Wir sind Träger des Kinder-, Jugend- und Amateur-Theaters »theater der stadt«. Grundsätzlich kann man sich jederzeit beim Verein »art der stadt e.V.« melden und bei Theater-Produktionen, Kunstprojekten und anderen Initiativen des Vereins beteiligen. Zusätzlich bieten wir wöchentliche Kurse für Kleine und Große. Alle Angebote finden im Mehrgenerationenhaus Gotha, Pfarrgasse 9–11 statt.

Aufführungen im Kulturhaus Gotha

6. Februar 2011, 19.00 Uhr, »Die Grönholm-Methode«
Eine spannende Groteske, basierend auf einer wahren Begebenheit.

26. Februar 2011, 20.00 Uhr, »Bombenfrau«
Die Montage einer Demontage – ein Selbstversuch.

27. Februar 2011, 17.00 Uhr, »Glöckchen aus Schnee«
Frei nach dem russischen Märchen »Die zwölf Monate«.

Mehr Informationen unter: www.artderstadt.de

- Montag** 16.00–17.00 Uhr Kreativer Kindertanz (ab 7 Jahre);
17.00–18.30 Uhr Theaterkurs (ab 7 Jahre)
- Dienstag** 15.00–15.45 Uhr Kreativer Kindertanz (4–6 Jahre);
16.00–18.00 Uhr Improvisationstheater (ab 11 Jahre);
19.30–21.00 Uhr Moderner Tanz mit Nara Heemann
- Donnerstag** 16.00–18.00 Uhr Zirkus Kanariah (ab 8 Jahre)
- Freitag** 15.30–17.30 Uhr Straßen- und Aktionstheater (ab 11 Jahre)



Kursgebühren und Informationen unter www.artderstadt.de oder
info@artderstadt.de,
Mönchelsstraße 6, 99867 Gotha, Tel.: (0 36 21) 40 29 90.

” Wenn die Sonne der Kultur niedrig steht, werfen selbst Zwerge lange Schatten...“ (Karl Kraus)



Im Februar 2011 besteht die linke Kleinzeitung »klarsicht« seit nunmehr 15 Jahren. Dies möchte die Redaktion gern zum Anlass nehmen, Sie, liebe Leserinnen und Leser, in der Februar-Ausgabe einmal in größerer Anzahl zu Wort kommen zu lassen. Wir beabsichtigen daher, im nächsten Monat vorrangig Lesermeinungen zu veröffentlichen, die sich besonders mit der Einschätzung von Inhalten der »klarsicht« und deren Wirksamkeit beschäftigen.

Das Echo der Leser ist uns außerordentlich wichtig, und wir nehmen jeden Hinweis ernst. Schreiben Sie deshalb in wenigen Sätzen unverblümt Ihre Meinung über unsere monatliche Kleinzeitung – egal, ob Ihre Einschätzung wohlwollend oder kritisch ausfallen wird. Drei bis vier Sätze können dabei für uns schon hilfreich sein. Und bleiben Sie nicht anonym, nennen Sie uns bitte neben Ihrem **Vor- und Nachnamen** auch Ihr **Alter**, Ihre augenblickliche **Tätigkeit** (Angestellter, Rentner o. ä.) sowie Ihren **Wohnort**.

Ihre Zuschrift senden Sie freundlicherweise bitte bis **Mitte Januar 2011** an eine der im Impressum genannten Kontaktadressen (siehe letzte Seite). Für Ihr Mitwirken an unserer Jubiläumsausgabe bedanken wir uns bereits im Voraus.
Ihre »klarsicht«-Redaktion

„Außenminister Guido Westerwelle bekam es durch die Wikileaks-Veröffentlichungen, die Gesprächsprotokolle und Charakterstudien von US-Diplomaten dokumentierten, wohl am heftigsten ab. Der deutsche Spitzendiplomat habe »sehr wenig eigene Ideen zur Lösung internationaler Probleme«, schreiben die Amerikaner Wikileaks zufolge.

Sie beschreiben ihn als »überschäumende Persönlichkeit« mit großem Geltungsdrang und bewerten ihn kritisch wie keinen zweiten deutschen Spitzenpolitiker. Die geheimen Berichte skizzierten Westerwelle als eitel, USA-kritisch und Belastung für das deutsch-amerikanische Verhältnis.“ **Gefunden unter: www.noz.de**



Es bedarf keines weiteren Kommentars, meint »klarsicht«.



Foto: Michael Gerlach

Begrüßung der Teilnehmer an der Weiterbildungsveranstaltung durch den Abgeordneten der Partei DIE LINKE im Thüringer Landtag, André Blechschmidt.

Medienmacher auf der Schulbank

Linke Politik – gut gemeint, doch oft schlecht gesagt und schlecht geschrieben. Um das zu ändern, trafen sich am 4. Dezember 2010 in der Fachhochschule Erfurt rund 50 Macher von linken Kleinzeitungen, Internet-Freaks und PR-Leute zu einer Weiterbildungsveranstaltung.



Medienakademie« (LiMAregional). Diese hatte unlängst ihre erste Schulung für Thüringen in Elgersburg erfolgreich absolviert. In Erfurt waren aus dem Landkreis Gotha dabei: Bernd Fundheller und Wolfgang Möller.

Das Ziel war es, »Kommunikation und die Kunst, Informationen an die Frau und an den Mann zu bringen, Kreativität einzusetzen und sich gemeinsam mit Gleichgesinnten zu vernetzen. Das gilt besonders für das digitale Zeitalter«, so die Veranstalter. Unterstützt wurden sie von der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, vom Kommunalpolitischen Forum Thüringen e. V. und von Radio F.R.E.I.

»Wie web 2.0 die Politik verändert« hieß das Thema der Regie führenden »Linken

Nach der Begrüßung durch den Landtagsabgeordneten DIE LINKE. Thüringen, André Blechschmidt, und durch den Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft »rote reporter«, Christoph Nitz, referierte Dr. Christoph Bieber, Politikwissenschaftler und Mitglied im »Zentrum für Medien und Interaktivität« zu »Politik und web 2.0« mit dem Schwerpunkt »Stuttgart 21«.

*

Am Nachmittag gab es Fach-Workshops zu Kampagnenplanung, Guerilla Marketing, Fotografie, Layout und Gestaltung, Agenda-Setting, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Netz- und Videoaktivismus. Am Abend diskutierten Vertreter linker Medien auf einem Podium gemeinsam über die Thüringer Medienlandschaft.

Wolfgang Möller
www.linke-medienakademie.de
www.rote-reporter.de

„Willst du wissen, weshalb du was nicht magst, musst du's gründlich studieren.“

Dietmar Beetz,
Jahrgang 1939



Wir gratulieren recht herzlich zum Geburtstag

zum am

Elfriede Hartmann	Waltershausen	88.	02. Januar
Ursula Scheringer	Großfahner	67.	04. Januar
Friedrich Kraut	Gotha	79.	05. Januar
Werner Brand	Döllstädt	71.	05. Januar
Helmut Wollschläger	Friedrichroda	74.	06. Januar
Siegfried Weidemüller	Ingersleben	68.	06. Januar
Wolfgang Döll	Gotha	79.	07. Januar
Helene Kühmel	Finsterbergen	87.	10. Januar
Ellen Hillbrunner	Luisenthal	71.	10. Januar
Friedrich Roth	Remstädt	87.	12. Januar
Gerd Grahmann	Ingersleben	67.	13. Januar
Lia Heine	Gotha	81.	15. Januar
Helga Schmidt	Waltershausen	75.	15. Januar
Ellen Henneberg	Nottleben	67.	15. Januar
Ingrid Kraut	Gotha	62.	16. Januar
Christel Frank	Gotha	69.	19. Januar
Wolfgang Degenhart	Apfelstädt	66.	19. Januar
Bernd Junior	Gotha	88.	22. Januar
Kurt Härtel	Gräfenhain	67.	22. Januar
Manfred Graßhof	Gotha	71.	23. Januar
Gisela Sondermann	Kleinretzbach	67.	24. Januar
Jürgen Plöger	Gotha	62.	26. Januar
Christel Lange	Gotha	60.	26. Januar
Ingeborg Sittig	Gotha	83.	28. Januar
Käthe Seifert	Emleben	96.	29. Januar
Kurt Reichardt	Gotha	83.	29. Januar

Auch allen anderen Genossinnen und Genossen, allen anderen Leserinnen und Lesern, wünschen der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE und die »klarsicht«-Redaktion alles Gute zum Ehrentag.

Termine Januar 2011

03.01.	14:30	Redaktionssitzung »klarsicht« Geschäftsstelle
04.01.	14:00	Geschäftsführender Vorstand Geschäftsstelle
10.01.	18:00	Sitzung der Stadtratsfraktion Geschäftsstelle
11.01.	18:00	Kreisvorstandssitzung Geschäftsstelle
17.01.	14:30	Redaktionssitzung »klarsicht« Geschäftsstelle
	17:00	Alternativer Neujahrsempfang Vereinszimmer kubiXX e. V., Mönchelsstraße 26
18.01.	14:00	Geschäftsführender Vorstand Geschäftsstelle
	18:00	Sitzung der Stadtratsfraktion Geschäftsstelle
19.01.	17:00	Stadtratssitzung Bürgersaal
24.01.	18:00	Sitzung der Kreistagsfraktion Geschäftsstelle
27.01.	17:00	Beratung mit den Basisvorsitzenden Geschäftsstelle
31.01.	14:30	Redaktionssitzung »klarsicht« Geschäftsstelle



Im Februar 2011 – 15 Jahre

klarsicht

Ist doch klar(sicht)...

»Man muss das Rentenalter noch weiter nach hinten verschieben ...«



Gefunden in: »Clara«, Nr. 17/2010

In der Bücherkiste gestöbert

Karl-Heinz Christoph: »Bestohlen bis zum Jüngsten Tag« Kampf dem Rentenabbau Ost

Armut im Alter – ein Problem, das alle angeht:

– Rentenrecht und Alterssicherung auf dem Prüfstand.

– Was steckt hinter Propaganda-Formeln wie: »Die Rente ist sicher«?

– Schlagende Beispiele, wie mit Rentengesetzen die Menschenrechte verletzt werden.



Einst hieß es: Die Rente ist sicher. Heute wissen wir, dass es den Rentnern zunehmend schlechter geht. Ursache sind staatliche Regelungen, deren Langzeitwirkungen nicht durchschaut werden. Und natürlich Arbeitsverhältnisse, die weder individuelle noch kollektive Altersvorsorge erlauben. Seit vielen Jahren zieht der Rechtsanwalt Karl-Heinz Christoph vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, das Bundessozialgericht und Arbeitsgerichte, um dagegen anzugehen. In seiner Untersuchung macht er die politisch-juristischen Vorgänge sichtbar, die diese verhängnisvolle Entwicklung stützen. Dieses Buch ist extrem wichtig, denn die Täuschung ist perfekt: Viele glauben noch immer der Parole, den Ostrentnern gehe es doch gut.

288 Seiten, Preis: 14,95 Euro, Artikelnummer: 63769,
Buchbestellung: Redaktion »Unsere Buchempfehlungen für Sie«, Neue Grünstraße 18, 10179 Berlin

Vom Schnee

Der Schnee ist ein offenes Buch.	Der Neuschnee aber wird unser Geheimnis hüten –
Der Morgen wird lesen: unseren abendlichen Gang; und auch ein leeres Blatt	
wo wir lange standen...	aufschlagen...

Gerhard Möller

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Gotha, 99867 Gotha, Mönchelsstraße 26; Im Internet unter: www.die-linke-gotha.de; E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-gotha.de; Fon: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64.

Redaktionskontakte: 99867 Gotha, Mönchelsstraße 26; Fon: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64, E-Mail: klarsicht@die-linke-gotha.de
Redaktionsleiter: Lothar Adler (V.i.S.d.P.), Telefon: (03621) 85 64 68, E-Mail: wkb-gotha@martinarenner.de **Redaktionsmitglieder:** Gerhard Möller, Wolfgang Möller, Helga Oschütz, Waltraud Roth, Sebastian Schreiner, Gerd Wagenknecht, Ursula Weidenbecher. **Erscheinungsweise:** in der Regel monatlich. **Redaktionsschluss:** jeweils am 15. des Vormonats. **Ihre Zuschriften** bitte an eine der genannten Adressen; namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Manuskriptänderungen ohne Sinentstellungen sind möglich. Die mit ☐ gezeichneten Artikel sind Beiträge der Redaktion. **Spendenkonto:** Raiffeisenbank Gotha eG, Gotha, BLZ 82064168, Kto-Nr. 2076616.